



Am Samstag wird wieder zwei Stunden lang am Fernpass demonstriert. Bürgerinitiativen im Außerfern und im Gurgital lehnen den Scheiteltunnel ab. Foto: Rita Falk

Fernpass wird ein Fall für die Alpenkonvention

INNSBRUCK Wird mit dem geplanten Tunnel mehr Verkehr angezogen? Darüber erhitzen sich jetzt die Gemüter. Beschwerden sind möglich.

Die Alpenschutzkommission CIPRA überwacht sozusagen die Einhaltung der internationalen Alpenkonvention. Österreich ist Vertragspartner. Das Verkehrsprotokoll untersagt nicht nur den Bau neuer hochrangiger alpenquerender Straßen, sondern auch deren kapazitätserweiternden Ausbau. Deshalb ist für den Vorsitzenden der CIPRA Stephan Tischler klar: „Der geplante Fernpass-tunnel stellt eine Kapazitätserweiterung dar, weil bei dessen planungsgemäßer Errichtung in Zukunft insgesamt mehr Fahrstreifen über den Fernpass und durch den Tunnel zur Verfügung stünden.“ Er wird den

Sachverhalt vom Überprüfungsausschuss der Alpenkonvention prüfen lassen. Einen Schritt weiter könnte der Obmann des Transitforums, Fritz Gurgiser, gehen. Er fordert den Stopp der Tunnelpläne und kritisiert den positiven Naturschutzbescheid für den Tunnel, der mit „öffentlichem Interesse“ begründet wird: „Es wird immer dann angewendet, wenn in diversen Verfahren herauskommt, dass ein Projekt im Widerspruch zu wesentlichen landes-, bundes-, völker- und europarechtlichen Vorgaben steht und trotzdem politisch ermöglicht werden muss.“ Gurgiser will prüfen, ob eine Beschwerde gegen den Naturschutzbescheid beim Landesverwaltungsgericht rechtlich möglich ist und Sinn macht.

Geisler kontert Kritikern

Straßenbaureferent und Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP) widerspricht der CIPRA und Gurgiser vorhinein: „Im Vorfeld wurde das Vorhaben im Zusammenhang mit der Alpenkonvention abgeklärt. Der dritte Fahrstreifen ist nur im Tunnelbereich vorgesehen, er dient der Verkehrssicherheit und um Staus im Tunnel zu vermeiden.“ Keinesfalls wolle das Land die Kapazität am Fernpass steigern, vielmehr bremsen. Auch die beabsichtigte Maut soll dazu beitragen. „Schon jetzt zählen wir 40 Prozent Mautflüchtlinge am Fernpass“, sagt Geisler. Außerdem dürfe das Fernpasspaket nicht nur auf den Tunnel reduziert werden. „Die bestehenden Abfahrtsverbote und Dosierungen sind Maßnahmen, um den Verkehrsfluss zu ermöglichen und die Belastungen für die Anrainer zu reduzieren.“ (pn)

Reaktionen

FPÖ: Für FPÖ-Chef Markus Abwerzger ist die Demo am Samstag „extrem wichtig“, denn immer mehr Bürger fühlen sich „übergangen, nicht gehört und mit ihren Sorgen alleingelassen“.

Liste Fritz: Für Klubchef Markus Sint ist jetzt definitiv nicht die Zeit für neue Straßen in Tirol und leichter fließenden Verkehr durch Tirol. „Es ist nicht die Zeit für einen Fernpass-tunnel und eine Fernpass-maut.“

Grüne: „Wie viele Alarmsignale braucht die Landesregierung noch am Fernpass?“, fragt sich Landessprecher Gebi Mair und fordert eine „Nachdenkpause“.

NEOS: Für NEOS-Klubobfrau Birgit Obermüller ist die schwarz-rote Landesregierung mit dem Fernpasspaket „falsch abgebo-gen“. Das Land solle endlich die Bevölkerung einbinden.

Wegen Steuer-Millionen für Wien-Flüge hebt Politik ab

INNSBRUCK Auch Tirol lässt mögliches Verfahren für Verkehrsdienstleistung prüfen. Breite Ablehnung für subventionierte Flüge nach Wien.

Von Peter Nindler

Es ist eine Gratwanderung, aber auch eine Möglichkeit: Dass die Fluganbindung von Innsbruck nach Wien als „öffentliche Dienstleistungsverpflichtung“ (PSO-Verfahren) ausgeschrieben und von Bund bzw. Land Tirol subventioniert werden soll, löst Debatten aus. Die FPÖ hat dazu einen Antrag im Nationalrat eingebracht und spricht von Kosten in Höhe von 15 Mio. Euro. Das Land Tirol hat diese Möglichkeit ebenfalls prüfen lassen, Wirtschafts- und Tourismuslandesarat Mario Gerber (VP) weist jedoch auf strenge wettbewerbsrechtliche Regelungen hin.

„Es gibt in dem Verfahren klare Kriterien und ebenso eindeutige Zahlungsverpflichtungen“, sagt Gerber. Die Situation sei komplex, das Land Tirol prüfe alle Optionen. Mittlerweile würden sich allerdings Unternehmer bzw. Investoren für die Verbindung Innsbruck-Wien interessieren, bis zum Herbst werde es darüber Klarheit geben. Für Tirol sei neben Wien und Frankfurt eine ganzjährige Anbindung zum viertgrößten europäischen Flughafen Schiphol in Amsterdam interessant, fügt Gerber hinzu. „Wir sind in Gesprächen.“

Zugleich stellt sich für den Landesrat die Frage, inwieweit die höchst profitable Flughafenbetriebsgesellschaft sich selbst bei einer sogenannten Flugverbindung auf Basis der PSO-Verpflichtung finanziell einbringe, anstatt Dividenden an die Eigentümer (Land Tirol, Stadt Innsbruck und Innsbrucker Kommunalbetriebe) auszuzahlen. Mit populistischen Ansagen und Geldspritzen werde man aber sicher nicht weiterkommen. Den Bund möchte Gerber jedoch nicht aus der Verantwortung lassen. „Die Regierung muss sich endlich zur ersatzlosen Abschaffung der CO₂-Flugabgabe durchringen, um die Regionalflughäfen nachhaltig zu entlasten.“

Für den Tiroler FPÖ-Chef Markus Abwerzger ist die Ist-Situation hingegen unbefriedigend. „Der Flughafen wirtschaftet positiv, aber gerade nachdem die Frankfurt-Verbindung nicht wieder aufgenommen wird und die Wien-Verbindung sprichwörtlich in der Luft hängt, darf



Die Diskussion über öffentlich finanzierte Anbindungen nach Wien und Frankfurt löst Debatten aus. Ganz so einfach wäre das Wettbewerbsverfahren aber nicht. Foto: Patrick Steiner

die Bundesregierung nicht einfach zusehen, wie die internationale Erreichbarkeit Tirols schrittweise schwächer wird.“ Wer die PSO-Flugverbindung zum Innsbrucker Flughafen zahle, müsse egal sein, denn der wirtschaftliche Nutzen und die Rendite seien immens höher.

Millionen-Spritze als Farce

Dafür haben wiederum NEOS, Liste Fritz und die Grünen kein Verständnis. „Es soll ja keine Versorgungslücke geschlossen, sondern ein zusätzlicher Zubringerflug mit Steuergeld abgesichert werden. Dafür ist dieses Instrument nicht gedacht und dafür darf der Bund nicht zum Zahlmeister eines Milliardenkonzerns gemacht werden“, kritisiert Verkehrssprecher Dominik Oberhofer. Das Aus für die Flughafenabgabe könne natürlich diskutiert werden, aber es benötige eine Gegenfinanzierung für den Entfall von 190 Mio. Euro. Oberhofer: „Wenn alle neun Bundesländer die Abschaffung für derart wichtig halten, kann



Foto: Thomas Parth

„Mit populistischen Ansagen und Geldspritzen werden wir sicher nicht weiterkommen.“

LR Mario Gerber, ÖVP Wirtschaftslandesarat

der Bund das gerne umsetzen und die Kosten an die Länder weiterverrechnen. Dann können die Landesregierungen ihren Steuerzahlerinnen und

Steuerzahlern selbst erklären, warum sie dafür 190 Millionen Euro ausgeben wollen.“

Jahr für Jahr 15 Millionen Euro Steuergeld in private Fluglinienkonzerne zu pumpen, bezeichnet Liste-Fritz-Abgeordneter Herwig Zöttl als Farce. „Das garantiert weder den Fortbestand einer wichtigen internationalen Verbindung noch leistbare Tickets. Es öffnet lediglich ein neues Millionengrab.“

Ähnlich der grüne Klubchef Gebi Mair. Business-Inlandsflüge nach Wien für FPÖ-Politiker und Georg Dornauer mit Steuer-millionsen zu unterstützen, könne wohl nicht der Weg sein, gerade in Zeiten, in denen sogar bei Sozialvereinen und der Schuldenberatung gekürzt werden soll. „Dass die Landesregierung immer noch keine Verbindung Innsbruck-Frankfurt und damit ans internationale Drehkreuz zustande gebracht hat, ist eher diskussionswürdig, haben die Flugunternehmen doch während Corona viel Unterstützung erhalten. Da wären sie uns noch etwas schuldig.“

POLITIK IN KÜRZE

Die Favoriten sagten ab

In der Tirol Werbung brodeln die Gerüchteküche, Walch bei der „Neuen Rechten“ in Deutschland.

1. Kein Interesse Sie wurden als heiße Kandidaten für die Tirol Werbung und die Nachfolge der scheidenden Geschäftsführerin Karin Seiler genannt. Doch der Geschäftsführer von Ötztal Tourismus Oliver Schwarz und seine Kollegin von Kitzbühel Touris-

mus, Viktoria Veider-Walser, sollen sich nicht für diese Funktion beworben haben. Rund 50 Bewerbungen sind eingegangen.

2. Keine Berührungsängste Der Innsbrucker FPÖ-Gemeinderat und stellvertretende Klubchef Fabian Walch hat

kürzlich das Sommerfest der „Neuen Rechten“ von dem als rechtsextrem eingestuften deutschen Publizisten Götz Kubitschek in Schnellroda in Sachsen-Anhalt besucht. Walch gilt als Verbindungsmann zu den Identitären und der „Neuen Rechten“. (pn)



Die Geschäftsführung in der Tirol Werbung wird neu besetzt. Foto: Rita Falk